

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Schnelle und konkrete Maßnahmen gegen das Waldsterben fordert **Michael Müller MdB**.

Seite 1

Statt wolkiges Philosophieren müssen in der Familienpolitik praktische Initiativen angepackt werden, fordert **Michael Habermann MdB**.

Seite 2

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) trägt wenige Tage nach der Wahl nicht zur Stabilisierung des Wirtschafts- und Sozialsystems in Deutschland bei, kritisiert **Dietmar Glaßer**, Staatssekretär im hessischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung.

Seite 4

49. Jahrgang / 203

21. Oktober 1994

Der Wald stirbt weiter

Die Folge der unverändert hohen Emissionen aus Verkehr und Landwirtschaft

**Von Michael Müller MdB
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Die Waldschadensberichte der Bundesländer belegen erneut die fortschreitende Erkrankung und das Absterben fast aller Baumarten. Die Ursache liegt in erster Linie in der unverändert anhaltenden Versauerung von Böden und Gewässern. Eine entscheidende Mitverantwortung daran trägt die Bundesregierung, weil sie bei der Schadensbekämpfung versagt hat. Wenn schon nur noch ein Prozent der älteren Bäume als ungeschädigt gilt und nur noch 25 Prozent aller Bäume als gesund und vollbelaubt eingestuft werden, ist dies im höchsten Maße alarmierend.

Die Ursachen des Waldsterbens sind seit langem bekannt. Die Schadstoffemissionen aus dem Autoverkehr und der Intensivlandwirtschaft, die zu saurem Regen und einer Versauerung der kalkarmen Böden und des Grundwassers führen, oder Ammoniak oder Ozon, die direkt die Bäume in ihrer Lebenskraft schwächen und sie für Schädlinge und Krankheiten anfällig machen, wurden bisher ungenügend oder gar nicht vermindert. Die schleichende Zerstörung der Böden und die Versauerung des Grundwassers, insbesondere in den Mittelgebirgsregionen, wurde bisher zu wenig beachtet, obwohl hier eine Umwelterstörung größten Ausmaßes droht, die nicht geringer ist als das Waldsterben.

Es reicht nicht aus, die Böden zu kalken, um den Versauerungsprozeß zu verlangsamen. Statt dessen muß an den Ursachen angesetzt werden, notwendig ist eine Verstärkung der ökologischen Neuausrichtung in der Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik. Hierfür muß die Politik die Rahmenbedingungen schaffen. Die SPD hält es für dringend erforderlich, insbesondere für den Autoverkehr durch ein umfassendes Aktionsprogramm die Stickoxide schnellstmöglich zu verringern. Dazu gehört eine Reduktion des Kraftstoffverbrauchs, eine Verringerung überzogener Mobilität (durch die Zersiedlung der Landschaften und Trennung der Funktion von Arbeit, Wohnen und Freizeit), und die Förderung der öffentlichen Verkehrsangebote und Maßnahmen gegen den Geschwindigkeitswahn in unserer Gesellschaft. Wichtige Schritte hierfür sind eine ökologische Steuerreform und eine Verbesserung der politischen Handlungsfähigkeit zur Umsteuerung in ökologische Alternativen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kemfalter-Lösung
mit umweltfreundlichen
Recycling-Papier



Die Stickstoff- und Ammoniakemissionen aus der Intensivlandwirtschaft müssen durch Begrenzung bei der Düngung und durch Vorschriften für die Ausbringung und Lagerung von Wirtschaftsdünger sowie durch Umstellung auf einen ökologischen Landbau vermindert werden. Ein erster Schritt wäre, wenn sich die Politik mit den beteiligten Gruppen, insbesondere der Landwirtschaft und den Umweltverbänden zusammensetzt, um sich auf Regeln für eine umweltgerechte Landbewirtschaftung zu einigen. Die Bundesregierung hat auch auf diesem Feld versagt. So zum Beispiel durch die Nichtumsetzung der EU-Nitratrichtlinien in deutsches Recht.

Wir brauchen eine Weiterentwicklung des Umwelthaftungsrechts, um die Waldschäden direkt oder indirekt den Verursachern anzurechnen. Dies würde notwendige Verhaltensänderungen weiter beschleunigen.

Es ist bedauerlich, daß der frühere Vorsitzende des Unterausschusses, Dr. Wolfgang von Geldern, nicht mehr dem Unterausschuß angehört. Mit seiner Stimme und fünf weiteren aus dem Unionslager wäre es möglich gewesen, jetzt endlich auch gegen diese Bundesregierung Forderungen durchzusetzen, die dem Wald wirklich helfen können. Das trifft insbesondere für Geschwindigkeitsbegrenzungen und eine stärkere Förderung des ÖPNV zu.

(-/21. Oktober 1994/hgs/ks)

Konkrete Initiativen statt wolkiges Philosophieren

Mitsprache und Mitwirkung für Familien verbessern, Familieninteressen vertreten und Lobby für Familien organisieren

Von Michael Habermann MdB

Für die SPD endet das Thema Familienpolitik nicht bei der Höhe des Kindergeldes und bei Fragen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Familien erwarten auch keine verbalen Kraftakte, die sich als Sprechblasenpolitik entpuppen, sondern sie wollen Aussagen, die glaubwürdig sind, die aufzeigen, was für sie machbar ist, und was bis zu welchem Zeitpunkt realisiert wird.

Sie erwarten an den Lebens- und Problemlagen orientierte Lösungsvorschläge. Familien haben Erwartungshaltungen an eine gestaltende und nicht bloß schlecht verwaltende Familienpolitik des Bundes.

Seit der Regierungsübernahme der CDU haben sich die Lebensbedingungen für Familien verschlechtert. Die Mitwirkungsmöglichkeiten für Familien sowie die Interessenvertretung von Familien wurden nicht ausgebaut.

Es reicht gegenwärtig nicht aus - wie es die Regierung tut - über den Stellenwert von Familien in unserer Gesellschaft zu philosophieren. Es geht bei einer reformierten, zukunftsfähigen Familienpolitik neben Fragen des Kinderlastenausgleichs und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf insbesondere um gesellschaftliche Strukturveränderungen, die Familien mehr Mitwirkungsmöglichkeiten und eine starke Interessenvertretung geben. Es geht darum, mit Familien eine stärkere Lobby in dieser Gesellschaft für ihre Belange zu organisieren. Einer solchen Politik wird sich die SPD nicht verschließen, will sie doch die parlamentarische und gesellschaftliche Interessenvertretung von Kindern und Familien weiterhin als Schwerpunkt ihrer Sozialpolitik behalten.

Deshalb muß eine Politik für Familien folgende Elemente aufnehmen:

- die Selbstgestaltungsrechte und -möglichkeiten zur Organisation ihres Lebensumfeldes, muß Familien mehr als bisher zugestanden werden;

- Familien sind kompetente Expertinnen auf allen staatlichen Ebenen zur Seite zu stellen. Sie sollen Familien helfen ihre Rechte und Interessen besser zu wahren;
 - die verbandlich organisierten Interessensvertretungen von Familien müssen mehr materielle Eigenständigkeit erhalten und damit eine unabhängigere und wirkungsvollere Parteinahme für Familien ermöglichen;
 - es gilt für Familien die Voraussetzung zu schaffen, daß auf allen parlamentarischen Ebenen in eigenen Gremien die Behandlung der finanzpolitisch relevanten Fragen stattfinden kann und ein Mitspracherecht der Familien dort sichergestellt ist;
 - es muß der Stellenwert von Familien in der Sozialforschung erhöht werden. Damit keine "Maulwurfpolitik" für Familien gemacht werden muß, die wesentliche und einschneidende familienbetreffende Veränderungen innerhalb der Gesellschaft nicht wahrnimmt beziehungsweise berücksichtigt;
 - Familien brauchen nicht nur aus Gründen der Entbürokratisierung ein "kommunales Amt für Familien" als Leistungsbehörde für alle Familienleistungen. Eine solche Behörde wird sich auch für die Interessen von Familien stark machen können. Dadurch wird nicht nur eine Verwaltungsvereinfachung erreicht, sondern Familien haben mit dieser Institution eine kompetente Fürsprecherin im Konzert der großen konkurrierenden Interessen innerhalb unserer Gesellschaft;
 - um all diese Elemente mit den Fragen des Lastenausgleichs und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusammenführen zu können, bedarf es eines Familienförderungsgesetzes. Es muß die strukturellen Grundlagen zur Umsetzung der vorgenannten Ziele schaffen.
- Um eine solche Politik mit Leben zu erfüllen, müssen folgende Initiativen ergriffen werden:
- Einsetzung eines Bundesfamilienrates und Länderfamilienräte in den jeweiligen Bundesländern. (Zusammensetzung, Aufgaben und Funktionen der Familienräte beschreiben).
 - Einrichtung eines Ausschusses für Familienfragen in den kommunalen Parlamenten; Ergänzungsmöglichkeiten sind durch die Themenbereiche Senioren, Behinderte, Ausländer gegeben. Kooperation mit dem Kinder- und Jugendhilfeausschuß ist zwingend notwendig.
 - Einrichtung von Leitstellen für Familienfragen bei Kreisen und kreisfreien Städten.
 - Benennung von Personen, die die Interessen von Familien in den einzelnen Kommunen vertreten.
 - Einrichtung von kommunalen Familien- und Nachbarschaftsselfhilfezentren als stadtteilbezogene Kommunikations- und Hilfekoordinierungsstellen zur Stärkung des generationsübergreifenden Selbsthilfepotentials und zum Aufbau nachbarschaftsbezogener Hilfestrukturen. Bezuschußregelungen auf kommunaler Ebene sollen verbindlich geregelt werden.
 - Verbesserung der institutionellen Finanzausstattung der Familienverbände zum Aufbau einer wirksameren Interessenvertretung von Familien.
 - Unterstützung eines weiteren Ausbaus familienbezogener Sozialforschung an den bestehenden Forschungsinstituten. Prüfung der Gründung eines eigenen Familienforschungsinstituts.
 - Verstärkung der Forschung über die Zusammenhänge der Problem- und Lebenssituationen der Familien in den neuen Ländern sowie längerfristig wirkender gesellschaftlicher Veränderungen, die sich auf das familiäre Zusammenleben auswirken.
 - Einführung eines Familienparlament-Tages auf Bundes- und Länderebene mit dem Ziel des Meinungsaustausches zwischen Familien und politischen Entscheidungsträgern zu familienpolitischen Fragestellungen.

- Zusammenfassung möglichst vieler unterschiedlicher administrativer Dienstleistungen für Familien unter dem Dach einer Behörde, um Verwaltungsvereinfachung praktizieren und Familien unnötige Wege ersparen zu können.

Den Bestrebungen, Familien bei Wahlen so viele Stimmen zu geben wie sie Kinder haben, ist derzeit kein gangbarer Weg, Familien eine größere Entscheidungsteilhabe zuzugestehen. Vielmehr sollte überlegt werden, ob Jugendliche nicht ab dem 16. Lebensjahr das aktive Wahlrecht - zumindest für die kommunalen Parlamente - erhalten sollten.

Mitwirkungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten für Familien sollten nicht auf die Wahlmöglichkeit zu den Parlamenten begrenzt diskutiert werden. Vielmehr gilt es eine dauernde Teilhabe von Familien an den tagtäglichen Entscheidungsprozessen zu sichern. Auch in diesem Sinne versteht die Familienpolitik der SPD den Auftrag des BVerfG zu einer familienpolitischen Strukturreform unserer Gesellschaft.

(-/21. Oktober 1994/hgs/ks)

Blühende Landschaften schon verwelkt?

Arbeitgeber sollten Arbeitsplätze schaffen statt Polemik wiederzukauen

Von Dietmar Glaßer

Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung

Wurde in den letzten Wochen und Monaten von der wiedergewählten Bundesregierung permanent der wirtschaftliche Aufschwung in den einzelnen Industriezweigen herbeigeredet, fängt bereits zwei Tage nach der Wahl der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) wieder mit der Standortdebatte an.

Die sogenannte Hagener Erklärung des DIHT trägt keineswegs zu einer Stabilisierung des Wirtschafts- und Sozialsystems in Deutschland bei. Vielmehr wird hier rechtzeitig vor wichtigen Tarifrunden Stimmung gemacht. Dies wird daran deutlich, daß keinerlei Vorschläge für eine Strukturreform angeboten werden, sondern lediglich vordergründiger Liberalismus verbreitet wird.

Mit mehr Eigenverantwortung der Beitragszahlenden meint der DIHT einzig und allein mehr Eigenfinanzierung. Die Arbeitgeber wollen zur Entlastung der sozialen Sicherungssysteme die Bürgerinnen und Bürger kräftig zur Kasse bitten. Dies ist keine intelligente Reform des Sozialstaates, sondern dessen plumper Abbau. Und wenn im Welthandel mehr Freiheit gefordert wird, anstelle von europaweiten Tarifverträgen und anderen arbeitsrechtlichen Regelungen, dann stößt dies dem Sozial- und Lohndumping Tür und Tor auf.

Die von dem Präsidenten des DIHT, Hans Peter Stihl, vorgeschlagene bessere Zusammenarbeit der Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP mit der SPD soll entsprechend auch nur ein Ziel haben: die geplanten sozialen und arbeitsrechtlichen Einschnitte in den Gesetzgebungsgremien von Bundestag und Bundesrat durchsetzen zu können.

Eine solche Diskussion direkt vor einer Tarifrunde zu entfachen schadet dem Ziel, einen Solidarpakt zwischen Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften auch für das nächste Jahr zu erreichen. Die Gewerkschaften haben in den Tarifrunden der letzten Jahre ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung wahrgenommen und durch gemäßigte Lohnforderungen ihren Teil zur Arbeitsplatzsicherung getan. Ich würde mir wünschen, daß die Arbeitgeberverbände ebenso verantwortlich reagieren und anstelle von wiederkäuender Polemik endlich handeln würden - nämlich durch Investitionen neue Arbeitsplätze schaffen.

(-/21. Oktober 1994/hgs/ks)
